



Antrag

der Fraktion der SPD

Keine Kürzungen im Europäischen Sozialfonds

Der Landtag wolle beschließen:

Der Schleswig-Holsteinische Landtag spricht sich gegen die aktuellen Pläne der Europäischen Kommission für den neuen Mehrjährigen Finanzrahmen ab 2028 (MFR) aus, die zu massiven Kürzungen im Europäischen Sozialfonds Plus (ESF+) führen. Er fordert die Landesregierung auf, sich in den Verhandlungen zum neuen MFR auf europäischer Ebene und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der ESF+ aus dem von der Kommission geplanten übergreifenden Fonds wieder herausgelöst wird und weiterhin ein eigenständiger Fonds mit ausreichender Finanzierung bleibt.

Dafür soll sich die Landesregierung auf europäischer Ebene für mehr EU-Eigenmittel wie eine Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen, Steuern auf Umweltverschmutzung, eine Vermögenssteuer und eine Finanztransaktionssteuer einsetzen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in jedem Fall eine Verstärkung wichtiger Maßnahmen und Projekte, die derzeit über den ESF+ gefördert werden, sicherzustellen, um die soziale Infrastruktur in Schleswig-Holstein langfristig abzusichern und zu stärken.

Begründung:

In Schleswig-Holstein werden mit dem ESF+ in der aktuellen EU-Förderperiode (2021-2027) viele wichtige soziale Projekte finanziert. Dafür stehen rund 88,8 Millionen Euro zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werden über das „Landesprogramm Arbeit“ wichtige Maßnahmen zur Förderung von Bildung, Beschäftigung und Integration in den Arbeitsmarkt gefördert. Der ESF+ ist das zentrale Instrument der EU zur Unterstützung des sozialen Zusammenhalts in Europa.

Derzeit wird auf EU-Ebene über die EU-Förderung ab 2028 diskutiert. Der Vorschlag der Kommission für die neue EU-Förderperiode 2028-2034 sieht eine Zusammenlegung der bisherigen Förderprogramme im Rahmen der Kohäsions- und der Agrarpolitik in einem einzigen übergreifenden Fonds vor, in dem es, bis auf das Ziel 14% für „Soziale Projekte“ auszugeben, keine feste Mittelbindung für originäre ESF+-Ziele geben soll. Zusammen mit der Verschiebung der Förderschwerpunkte hin zu Wettbewerb und Sicherheit droht eine erhebliche Mittelkürzung für den ESF+ und eine Aufweichung oder sogar Aufgabe bewährter Förderschwerpunkte wie die Fachkräftesicherung, Bildung und Qualifizierung und soziale Integration. Die Mittel für den ESF+ könnten nahezu halbiert werden. Das hat enorme Auswirkungen auf in Schleswig-Holstein bewährte Strukturen für die Integration in den Arbeitsmarkt.

Der Erhalt des ESF+ als eigenständiger Fonds ist neben dem EFRE und INTERREG von essentieller Bedeutung für die langfristige regionale Entwicklung in der EU und für den Erhalt wichtiger Bausteine der sozialen Infrastruktur in Schleswig-Holstein.

Birte Pauls

und Fraktion

Marc Timmer